Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Harms
Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Ausschussmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Christina Heide
Ausschussmitglied Sebastian Seidel
Ausschussmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussvorsitzende Antje Johanna Kloster
Stellv. Ausschussvorsitzende Petra Stomberg

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte

Mitglied AfW-Fraktion

Grundmandat Thorsten Morisse

Mitglied AfD-Fraktion

Grundmandat Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Landvolkverein

beratendes Mitglied Jan-Gerd Behrends
beratendes Mitglied Hartmut Brören

Naturschutzbeauftragter

beratendes Mitglied Klaus Börgmann

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
2 Genehmigung der Tagesordnung
3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 06.12.2017 (öffentlicher Teil)
4 Vorlagen an den Rat
4.1 Entgeltvereinbarung und -ordnung Rettungsdienst **18/2018**
4.2 Antrag GUS: Veranstaltungen in Wilhelmshaven - Plastikreduziert für morgen **503/2018**
4.3 Antrag AfW-Fraktion: Aufgabe der Museumsschiffe - Die beiden Schiffe sind zu verkaufen, wenn nicht möglich zu verwerten **502/2018**
5 Mitteilungen und Anfragen
5.1 Sanierung Feuerschiff "Weser"
5.2 Leitbild Klimaschutz
6 Öffentliche Anhörung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Kloster eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.
Ferner stellte sie die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde dahingehend geändert, dass die Punkte 3 und 7, Genehmigung des Protokolls vom 06.12.2017, entfallen und der Punkt 5.2 um den Satz Umsetzung von Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept ergänzt wird. Daraufhin wurde die Tagesordnung einstimmig genehmigt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 06.12.2017 (öffentlicher Teil)

Entfällt

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Entgeltvereinbarung und -ordnung Rettungsdienst **18/2018**

Frau Kloster stellte die Beschlussvorlage 18/2018 vor und bat Herrn Lutter um Ergänzungen. **Herr Lutter** verwies auf den Rettungsdienstbedarfsplan, der im April des letzten Jahres genehmigt wurde und bat um Zustimmung. **Herr Dr. von Teichmann** fragte, warum beim RTW eine Absenkung von 18 Euro vorgenommen wurde. **Herr Lutter** verwies auf die gestiegene Zahl an Einsätzen. Weiterhin fragte **Herr Dr. von Teichmann**, warum die Kilometerzahl bei Krankentransporten geringer ausfällt als bei Rettungseinsätzen. Laut **Herrn Lutter** seien die Betriebskosten eines KTW günstiger als die eines RTW. Weiterhin würde es auch an der hiesigen Krankenhauslandschaft liegen. Bei Notfällen würde in erster Linie das Klinikum angefahren, ferner das Nordwest-Krankenhaus Sanderbusch.

Aufgrund dessen würden mehr Kilometer zusammen kommen. Letztlich fragte **Herr Dr. von Teichmann**, ob auch die Privaten abgedeckt seien. Hierzu erläuterte Herr Lutter, dass in der Entgeltordnung die Privaten abgedeckt sind. Frau Zaage fragte, ob die Krankentransporte die sogenannten „Liegend Transporte“ und „Sitzendtransporte“ seien. Diesem stimmte **Herr Lutter** zu.
Abschließend ließ **Frau Kloster** über die Beschlussvorlage abstimmen. Das Ergebnis war eine einstimmige Zustimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

a) Der Rat stimmt der Vereinbarung der Stadt Wilhelmshaven mit den gesetzlichen Krankenkassen und der gesetzlichen Unfallversicherung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst gemäß §15 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes (NRettDG) ab dem 01.02.2018 zu.
b) Der Rat beschließt die Entgeltordnung für den Rettungsdienst der Stadt Wilhelmshaven in der Fassung vom 01.02.18.

4.2 Antrag GUS: Veranstaltungen in Wilhelmshaven - Plastikreduziert für morgen **503/2018**

Frau Stomberg stellte den Antrag 503/2018 der Gruppe GUS sowie einen ergänzenden Änderungsantrag vor.
Frau Zaage, **Herr Seidel**, **Frau Heide** und **Herr M. Harms** sehen den Antrag grundsätzlich positiv, allerdings würde der Antrag nach einhelliger Meinung nicht genügend ins Detail gehen. Weiterhin seien keine Vorschläge als Alternativen zum Plastikgeschirr gemacht worden. Ferner sei die rechtliche Würdigung zu prüfen.
Herr Diers fand den Antrag interessant, ergänzte hierzu allerdings, dass die Umsetzung zeitlich nicht so schnell möglich sei, da geklärt werden müsse, welche Veranstaltungen hiervon betroffen wären. Er gab zudem zu bedenken, dass Seitens der WTF schon gültige Verträge für das ganze Jahr geschlossen worden sein. **Herr Diers** schlug vor, einen Arbeitskreis zu bilden, wo so schnell wie möglich und so richtig wie möglich, ein Konzept für Plastikfreie Veranstaltungen erarbeitet werden solle. **Frau Heide** und **Frau Stomberg** unterstützten den Vorschlag von Herrn Diers. **Frau Kloster** übergab den Vorsitz an Frau Stromberg und verdeutlichte, dass der Änderungsantrag der Gruppe GUS einen Auftrag an die Verwaltung erhält, in der ein Zeitplan aufgestellt und ein schlüssiges Konzept für plastikfreie Veranstaltungen erarbeitet werden müsse. **Frau Heide** schlug daraufhin vor, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, damit eine Fachgruppe sich dem Antrag annehmen könnte. Bei der nächsten Sitzung sollte der Antrag dann nochmals im Ausschuss behandelt werden. Hierzu schlug **Herr Dr. von Teichmann** vor, dass die Verwaltung beauftragt wird, ein Konzept zu entwickeln, wie Plastikmüll bei öffentlichen Veranstaltungen zu vermeiden sei. Es sei somit möglich, so **Herr Dr. von Teichmann**, dass die zuständigen Fachbereiche ein schlüssiges Konzept erarbeiten und dem Ausschuss vorlegen könnten. **Frau Heide** übernahm daraufhin die Anregungen von Herrn Dr. von Teichmann und änderte den Antrag der SPD-Fraktion ab. Bis zur Sommerpause soll die Verwaltung nun ein Konzept entwickeln, wie Plastikmüll bei öffentlichen Veranstaltungen vermieden werden kann. **Frau Kloster** zog den Änderungsantrag der Gruppe GUS daraufhin zurück.
Ferner ließ sie über den Änderungsantrag der SPD (im RIS anliegend) abstimmen. Das Ergebnis war 6 Ja stimmen und eine Enthaltung. Abschließend ließ **Frau Kloster** über den geänderten GUS Antrag abstimmen. Auch hier war das Ergebnis

6 Ja Stimmen und eine Enthaltung.

Beschluss:

-mehrheitlich zugestimmt-

Geänderter Antrag:
Thema: Veranstaltungen in Wilhelmshaven – Plastikreduziert für morgen

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sommerpause ein Konzept zu entwickeln, wie in Zukunft Kunststoffmüll bei öffentlichen Veranstaltungen vermieden werden kann.

Begründung:

Die Stadt Jever geht mit gutem Beispiel voran und hat bereits erste Beschlüsse gefasst.
Als Küstenstadt stehen wir in besonderer Verantwortung gegenüber unserer Umwelt. Unsere Forschungs- und Bildungseinrichtungen hier vor Ort mahnen die Vermüllung der Meere schon lange an. Den Plastikkonsum auf Veranstaltungen auf ein Minimum zu reduzieren ist ein Weg, dem globalen Problem der Ressourcenausbeutung und Vermüllung etwas entgegen zu setzen.

4.3 Antrag AfW-Fraktion: Aufgabe der Museumsschiffe - Die beiden Schiffe sind zu verkaufen, wenn nicht möglich zu verwerten **502/2018**

Frau Kloster stellte den Antrag 502/2018 der AFW-Fraktion vor und stellte diesen dann zur Diskussion. **Herr Moriße** erläuterte, dass die Aufwendungen, für die Schiffe in den letzten Jahren, die Summe von 180.000 € bei Weitem überschritten haben. Zudem sei die vom Rat geplante Sanierung in Höhe von 2 – 3 Millionen Euro ein Fass ohne Boden und daher abzulehnen. Seiner Meinung nach, sollten die Museumsschiffe aufgrund der immensen Kosten abgestoßen werden. Das gesparte Geld sollte, so **Moriße** weiter, in das Tourismuskonzept der Stadt fließen. **Frau Stomberg** fragte zunächst, ob der Antrag aufgrund des vor sechs Monaten gefassten Ratsbeschluss überhaupt behandelt werden dürfte. Hierzu erläuterte **Herr Leinert**, dass das grundsätzlich möglich sei, da im Ausschuss nur Vorberatungen stattfinden würden. **Herr Seidel** stellte die Frage, was die Verwaltung zur weiteren Verwendung der Museumsschiffe erarbeitet hat. Weiterhin zeigte er sich irritiert darüber, warum auch der ULB jetzt für die Museumsschiffe zuständig sei. Hierzu führte **Herr Leinert** aus, dass es einen neuen Fachbereich „Hafen und Umwelt“ geben würde. Dieser wurde zum 01.01.2018 gebildet und steht unter kommissarischer Leitung vom Fachbereichsleiter des Amtes für Umweltschutz und Bauordnung, Nikša Marušić. Im neuen Fachbereich sollen die Aufgaben Sanierung der Kaianlagen, Instandhaltung der wassertouristischen Infrastruktur und Unterstützung bei der Sanierung der Hafenbrücken gebündelt werden. **Herr Prof. Dr. Preuß** verwies auf den Ratsbeschluss und möchte die Museumsschiffe im Tourismuskonzept der Stadt verankern und folglich die Schiffe sanieren. **Frau Heide** schlug vor, auf die Vorschläge der Verwaltung zu warten und den Antrag seitens der AfW zurückzuziehen. **Herr Leinert** verwies in diesem Zusammenhang auf das in Auftrag gegebene Gutachten aus dem Jahr 2016, welches auch im Ratsinformationssystem einzusehen sei. In diesem Gutachten hätte der Schiffssachverständige Dieter Becker einen Sanierungsbedarf von 689.400 € (netto) festgestellt, um das Feuerschiff schwimmfähig zu erhalten. Die Kapitän

Meyer sei mit rund 100.000 € (netto) veranschlagt worden, so **Leinert** weiter. Daraufhin hatte der Rat im August des letzten Jahres beschlossen, die Schiffe zu erhalten. An der anschließenden Diskussion beteiligten sich **Herr Morieße**, **Herr Prof. Dr. Preuß**, **Herr M. Harms**, **Frau Zaage, Frau Stomberg**, **Herr Dr. von Teichmann** und **Herr Diers**.
Abschließend ließ Frau Kloster über den Antrag abstimmen.
Das Ergebnis war eine einstimmige Ablehnung.

Beschluss:

-einstimmig abgelehnt-

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Sanierung Feuerschiff "Weser"

Herr Leinert stellt den Sanierungsplan für das Feuerschiff „Weser“ vor. Zunächst bezog sich **Herr Leinert** auf das von Dieter Becker gefertigte Gutachten zur Sanierung. Weiterhin erklärte er, dass es geplant sei, die „Weser“ als Exponat des Küstenmuseums zu verwenden. Hierzu würde das Schiff nach der Sanierung zurück an den Bontekai, auf dem frühehren Liegeplatz des Minensuchbootes „Steinbock“, verlegt werden würde. Die „Weser“ solle als Außenstandort das Küstenmuseum stärken, so **Herr Leinert**. Er gab daraufhin das Wort an Herrn Diers weiter, der weitere Details vorstellen sollte. **Herr Diers** gab an, dass bereits Gespräche mit der Leiterin des Küstenmuseums, Frau Dr. Wawrzinek, und Herrn Marušić stattgefunden haben, um die Möglichkeiten der Einbindung des Museumsschiffes auszuloten. **Herr Diers** berichtete weiter von Überlegungen, den Weg zwischen dem Küstenmuseum und dem Liegeplatz neu zu gestalten und eine attraktive Verbindung herzustellen. Ferner erläuterte **Herr Diers**, dass es möglich sei, den Inneren Hafen thematisch für das Museum zu erschließen. Das Schiff böte, so **Diers**, viele Ausstellungsmöglichkeiten, da viele Räume an Bord nutzbar wären. Negativ bemerkte **Herr Diers** allerdings, dass das Schiff nicht barrierefrei zugänglich wäre. Dieses sei beim dem Zerstörer im Marinemuseum indes genauso.
Letztlich gab **Herr Diers** als Alternative noch das Festlegen des Schiffes an, d.h. dem Schiff wird ein fester Platz an Land zugewiesen. Dieses sei laut **Herrn Leinert** allerdings nur eine Notlösung.
Herr Seidel stimmte den Ausführungen von Herrn Diers zu und unterstrich, dass eine schnelle Lösung gefunden werden müsse. **Herr M. Harms** fragte, ob auch Fördergelder beantragt werden könnten, wenn das Schiff an Land festgelegt werden würde. Dieses müsste laut **Herrn Leinert** geprüft werden. **Frau Zaage** stellte die Frage, was zurzeit getan werden würde. Hierzu erläuterte **Herr Leinert**, dass die Verwaltung eine Beschlussvorlage zur nächsten Ratssitzung erstellen würde. Hierzu fügte **Herr Diers** an, dass der Bedarf am Feuerschiff am Dringlichsten sei. **Herr Seidel** wollte in diesem Zusammenhang wissen, ob die Arbeiten am Schiff grundsätzlich ausgeschrieben werden müssen. Hierzu erläuterte **Herr Leinert**, dass die notwendigsten Arbeiten ohne Ausschreibung erledigt werden könnten. Ansonsten müsse man sich an die Vergaberichtlinien halten und Gewerke gemäß den Schwellenwerten ausschreiben.

5.2 Umsetzung von Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept - Leitbild Klimaschutz

Herr Lachmund präsentierte das Leitbild Klimaschutz (siehe Anlage).

Herr Dr. von Teichmann fragte Herrn Lachmund, welche Projekte er in seiner Zeit als Klimaschutzmanager der Stadt Wilhelmshaven bereits angeschoben und realisiert hätte.
Laut **Herrn Lachmund** seien bereits größere Projekte wie das Carsharing, das Solardachkataster und verschiedene Projekte zum Thema Radfahren in Planung bzw. durchgeführt worden. Beim Carsharing wurden seit der Informationsveranstaltung im letzten Jahr mehrere Unternehmen gefragt, ob sie an einer Kooperation interessiert seien. Laut **Herrn Lachmund** gäbe es ein positives Feedback mehrerer Firmen und im Sommer 2018 sollen Vertragsverhandlungen beginnen, damit Anfang 2019 die erhofften positiven Ergebnisse verkündet und mit der Aktion begonnen werden kann.
Zum Thema Radfahren erläuterte **Herr Lachmund**, dass die Stadt Wilhelmshaven im letzten Jahr am Stadtradeln teilgenommen habe. Dieses Jahr würde das Stadtradeln am 25. Mai beginnen. Weiterhin würde **Herr Lachmund** den „runden Tisch“ Radverkehr leiten. Bei diesem runden Tisch würden verschiedenste Probleme rund um den Radverkehr mit Beteiligten des ADFC, TBW und weiterer Fachbereiche besprochen werden.
Als Information gab **Herr Lachmund** bekannt, dass er mit anderen Mitstreitern in Jever einen privaten Verein gegründet hat. Dieser Verein ermöglicht es, Lastenfahrräder zu leihen. Eine Ausweitung auf Wilhelmshaven sei geplant.
Weiterhin solle in diesem Jahr das Solar- und Gründachkataster an den Start gehen, ein Unternehmen sei mit der Erstellung beauftragt worden.
Letztlich würde es für die Aktion „Grüne Hausnummer“ zeitnah eine Preisverleihung geben, um der Allgemeinheit aufzuzeigen, dass sich eine Beteiligung an der Aktion auch lohnen würde.

6 Öffentliche Anhörung

Herr Martin fragte, ob das „Auflegen“ eines Schiffes bedeute, dass Schiff an Land verbracht werden würde. Hierzu erläuterte **Herr Marušić**, dass das Aufbringen an Land wahrscheinlich nicht die wirtschaftlichste Lösung sein würde. Es würde angestrebt, dass das Schiff im Wasser verbleiben könnte. Eine Endgültige Entscheidung sei allerdings noch nicht gefallen, so **Marušić**.

Ende: 16:25 Uhr

Leinert	Kloster	T. Harms
Dezernent	Vorsitzende	Protokollführer